Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 351. **Sonnabend** den 17. December 1887. **81. Jahrgang.**

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 18. December, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Holz-Auction.

Montag, den **2. Januar 1888**, sollen von **Vormittags 9 Uhr** an auf dem diesjährigen Mittelwaldschlage in Abth. 18, im sogenannten **Leutzscher Holze**, dicht an der **großen Eiche im Forstreviere Burgau**

56	Rmtr.	Eichen-**Nutzscheite** I. und II. Classe,	
333	„	Eichen-	**Brennscheite**
12	„	Buchen-	
5	„	Ahorn-	
21	„	Eichen-	
70	„	Rüstern-	
1	„	Eller- u.	
41	„	Linden-	

unter den an Ort und Stelle öffentlich aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft: auf obigem Schlage.

Leipzig, am 14. December 1887.

Des Raths Forstdeputation.

Nichtamtlicher Theil.

Der Bericht des „Russischen Invaliden".

Der „Russische Invalide", das Organ des russischen Kriegsministers, behauptet mit derselben staunenswerthen Sicherheit, mit welcher die russische Regierungspresse seiner Zeit die Gesetzmäßigkeit der bulgarischen Wahlen gelegnet hat, daß nicht Rußland beunruhigende Truppenverschiebungen an der galizischen Grenze vorgenommen habe, sondern daß diese nur die Antwort auf die militairischen Maßregeln Oesterreichs und Deutschlands seien. Russische Militairs sind der Ansicht, daß die Vertheidigung des russischen Gebietes noch nicht gesichert sei; es sind also noch weitere Truppenansammlungen zu erwarten, und die Nachbarn, in erster Linie Oesterreich, werden danach ihre Vorkehrungen einzurichten haben.

Aus den Veröffentlichungen der „Kölnischen Zeitung" und der „Kreuzzeitung" über die russischen Truppenbewegungen an der galizischen Grenze ist jeder Zweifel darüber beseitigt, daß sie anderen als Angriffszwecken dienen könnten. Die Unterstellung, daß Oesterreich und Deutschland einen Angriff gegen Rußland beabsichtigen könnten, ist so vollständig im Widerspruch mit den allseitig als richtig anerkannten Thatsachen, daß wohl kaum ein nicht russisches Blatt sich finden wird, welches die Auseinandersetzungen des „Russischen Invaliden" ernst nimmt. Die Prüfung und Widerlegung der von dem russischen Blatt gemachten Zahlenangaben liegt den militairischen Sachverständigen ob, aber das sie unrichtig sind oder, wo sie sich als zutreffend erweisen, in anderem Sinne aufzufassen sind, als vom „Russischen Invaliden" geschehen ist, versteht sich von selbst. Wenn im vorigen Jahre auf deutscher und österreichischer Seite, an der russischen Grenze für Rußland beunruhigende Truppenansammlungen, Heizungs- und Eisenbahnbauten stattgefunden hätten, so wäre man darüber in Rußland gewiß nicht stillschweigend hinweggegangen, im Gegentheil würde darin ein willkommenes Mittel erkannt worden sein, um die friedlichen Absichten der Nachbarn in Zweifel zu ziehen. Die russische Presse, welche mit Eifer Alles aufsucht, um Deutschland und Oesterreich zu reizen und zu verdächtigen, hat aber kein Wort der Klage über die angeblichen bedrohlichen militairischen Maßregeln an der Grenze verlauten lassen, sie hat vielmehr durch ihre ganze Haltung volles Vertrauen in die friedlichen Absichten Deutschlands und Oesterreichs zu erkennen gegeben. Um so weniger kann der „Russische Invalide" für seine neuesten Darlegungen auf gläubige Leser rechnen.

Was an dem Artikel des „Russischen Invaliden" besonders auffallen muß, ist die lange Ueberlegungsfrist, welche nöthig war, um den am 6. December erschienenen Artikel des Wiener „Fremdenblatt" über die russischen Rüstungen zu beantworten. Die russische Regierung hat eine ganze Reihe von Blättern zu ihrer Verfügung und war gewiß in der Lage, diese Kundgebung sofort durch eine sachverständige Widerlegung abzufertigen. Statt dessen ist erst neun Tage lang das Material gesammelt worden, auf Grund dessen die Grundlosigkeit der auf deutscher und österreichischer Seite gehegten Befürchtungen erwiesen werden soll. Das ist schon an sich verdächtig, aber der Zweck der Veröffentlichung wird noch klarer, wenn aus den Zahlen des „Russischen Invaliden" der Beweis für die Behauptung entnommen wird, daß die russischen Vorbereitungen hinter den deutschen und österreichischen weit zurückbleiben.

Die Beweisführung des „Russischen Invaliden" geht von der falschen Annahme aus, daß die Cultur Rußlands auf derselben Stufe steht, wie die Deutschlands und Oesterreichs. Rußlands Verkehrswesen befindet sich noch in den Anfängen seiner Entwickelung, die Eisenbahnen von St. Petersburg nach Moskau und Odessa, auf der andern Seite nach Warschau sind weit später entstanden als die deutschen und österreichischen Bahnen, und demgemäß ist auch der Ausbau des russischen Eisenbahnnetzes hinter dem der beiden Nachbarstaaten weit zurückgeblieben. Wenn nun aber plötzlich in den Grenzgebieten das Versäumte mit fieberhafter Eile nachgeholt wird, wie dies in Russisch-Polen seit einigen Jahren geschieht, wenn damit Festungsbauten Hand in Hand g[illegible], und Truppenverschiebungen nach der Grenze, so kann daraus nicht geschlossen werden, daß Rußlands Regierung die Maßregeln zum Zweck der Vertheidigung gegen deutsche und österreichische Angriffsgelüste ergreift. Der Schluß ist viel mehr gerechtfertigt, daß Rußland mit diesen ausschließlich strategischen Vorbereitungen eine Lage schaffen will, welche ihm gestattet, sein Machtbereich auf Kosten seiner Nachbarn zu erweitern.

Besonders charakteristisch für die wahre Bedeutung der russischen Vertheidigungs-Maßregeln ist der Hinweis des „Invaliden" auf die afghanische Angelegenheit als die Veranlassung der neuerlichen Kriegsbereitschaft der russischen Armee. Als ob Rußland zu fürchten hätte, daß Deutschland und Oesterreich einen Kampf Rußlands in Afghanistan zu einem Angriff in Europa benutzen würden. Für die Zwecke, welche Rußland in Asien verfolgt, hat es die erforderlichen Streitkräfte stets in Bereitschaft, und wenn General Komarow im April 1885 hätte nach Herat marschiren wollen, so würde die russische Heeresmacht deshalb nicht um einen Mann verstärkt worden sein müssen. Die Gründe, welche Rußland abgehalten haben, damals bis ans Ende zu gehen, sind vorläufig noch nicht bekannt, aber es ist aus den vorliegenden Anzeichen zu ersehen, daß Rußland seine Zwecke in Asien ohne großes Blutvergießen und darum nicht minder sicher zu erreichen hofft, als es durch einen Krieg mit England wegen Afghanistans geschehen wäre.

Wenn Oesterreich die Lage für so ernst erachtet, daß deshalb unter Vorsitz des Kaisers wiederholt Berathungen gepflogen werden, so liegt es auf der Hand, daß es sich nicht um nothwendige und von militairischen Sachverständigen als solche leicht erkennbare russische Vertheidigungsmaßregeln handeln kann, sondern um unzweifelhaft Gefahr drohende Schritte der russischen Heeresleitung. Die bulgarische Krisis datirt in ihrer gegenwärtigen scharfen Form seit dem 18. September 1885, also seit länger als zwei Jahren. Rußland hat während dieser Zeit zwar mehrfach Versuche gemacht, um den bestehenden verfassungsmäßigen Zustand einseitig zu verändern, aber auch nicht das geringste Zugeständniß, wodurch auf seine Geneigtheit zu einer friedlichen Beilegung des Streites geschlossen werden könnte. Gerade mit Rücksicht auf die gänzlich verfahrene bulgarische Angelegenheit sind alle militairischen Maßregeln, welche Rußland an der österreichischen Grenze trifft, ganz anders und weit ernster zu beurtheilen, als unter ruhigen Verhältnissen geschehen könnte. Oesterreich würde zwar niemals in der Lage sein, russische Truppenansammlungen an seiner Grenze mit Gleichgültigkeit zu beobachten, aber beim Bestehen einer so durchschlagenden Meinungsverschiedenheit, wie sie die bulgarischen Wirren erzeugt haben, ist doppelte Aufmerksamkeit auf russische Truppenbewegungen an der Grenze geboten.

Einen Vortheil bietet die Darlegung des „Russischen Invaliden" und das ist das augenscheinliche Streben Rußlands, seine militairische Maßnahmen an der galizischen Grenze des kriegerischen Charakters zu entkleiden. Dieses Streben enthüllt das mittelbare Geständniß, daß Rußland den Schein aufrecht erhalten will, als liege ihm jede Absicht eines Ueberfalls fern. Das ist nicht ohne Werth, denn wenn diese Absicht wirklich nicht vorhanden ist, so wird Rußland auch nicht an den Abwehrmaßregeln Anstoß nehmen, welche Oesterreich zu seiner Sicherung gegen russische Ueberfälle ergreift. Wenn Rußland die angeblichen Kriegsvorbereitungen Oesterreichs und Deutschlands, welche nach dem „Russischen Invaliden" seit 5 Jahren betrieben werden, so ruhig mit angesehen hat, dann wird Rußland auch nichts dagegen einzuwenden haben, daß seine Nachbarn sich gegen einen russischen Angriff auch nach ihrer Auffassung der Sachlage zu sichern bestrebt sind.

* * *

* Der bereits telegraphisch signalisirte Artikel des officiösen Wiener „Fremdenblatt" lautet vollständig folgendermaßen:

Seit den Bemerkungen, zu welchen uns die aus Rußland gemeldeten Nachrichten über militairische Maßnahmen in Russisch-Polen Anlaß gegeben haben, bildet das Verhältniß unserer Monarchie zu dem Zarenreiche den hauptsächlichsten Stoff der Betrachtungen der in- und ausländischen Publicistik. Mit einer gewissen Ueberraschung entnehmen wir den Ausführungen eines großen Theiles derselben die Ansicht, als ob sich die von uns gekennzeichnete Situation seither in irgend einer Weise geändert, ja sogar gebessert hätte. Uns erscheint diese zumeist wohl auf die unbegründeten Nachrichten über den Verlauf der militairischen Conferenz und verschiedenartige beschwichtigende Mittheilungen heimischer sowohl, wie auswärtiger Blätter aufgebaute optimistische Auffassung in erster Linie auf einer vollständigen Verschiebung der militairischen und der politischen Momente, beziehungsweise der militairischen und der politischen Situation zu beruhen. Was die letztere betrifft, so war ja schon aus unseren Bemerkungen zu ersehen, daß die diplomatischen Beziehungen unserer Monarchie zu Rußland durchaus freundschaftlicher Natur sind und daß in der politischen Sachlage kein Grund vorliegen würde, welcher an der Möglichkeit einer friedlichen Lösung der bestehenden Schwierigkeiten zu gewissem Veranlassung bieten könnte. Darin hat sich auch heute nichts geändert. Die politischen Beziehungen zwischen unserer Monarchie und Rußland waren es aber auch gar nicht, die uns veranlaßt haben, unseren Besorgnissen Ausdruck zu geben. Dasjenige, um was es allein sich handelte, war die militairische Situation, und in dieser Hinsicht können wir absolut nicht einsehen, worauf sich die Annahme stützen könnte, daß sich diesfalls etwas geändert oder gebessert hätte, wenn wir auch zugeben wollen, daß in den wenigen Tagen, seitdem wir über die Sache zu sprechen uns verpflichtet erachtet haben, kein neues erschwerendes Moment hinzugekommen ist. Die Truppenvermehrung im Militairbezirk Warschau, welcher wir auf Grund von Zeitungsnachrichten erwähnten, ist durch die Veröffentlichung der bezüglichen amtlichen Verfügung constatirt worden, und es geht durchaus nicht an, von diesen eine ganze Cavalleriedivision sammt den dazu gehörigen reitenden Artillerie-batterien umfassenden Maßregeln, wie dies in Petersburger Depeschen englischer Blätter behauptet wird, als von der Entsendung einiger Cavallerie-Abtheilungen nach Polen zu sprechen. Ebensowenig kann wohl die Motivirung dieser Truppenvorschiebung durch Futtermangel oder gar durch die Besorgniß eines feindlichen Angriffes auf die schwach bedeckte Gegend von Lublin einen Eindruck machen. Erwägt man überdies noch gewiß, als organisatorisch bezeichnete Maßregeln der jüngsten Zeit bezüglich der Scharfschützen-Bataillone rc., so kann kein Zweifel obwalten, daß eine Verschiebung der militairischen Machtverhältnisse an unseren Grenzen im Zuge ist, welche schon jetzt unsere ernsteste Beachtung und Wachsamkeit herausfordert und welche im Falle der Fortsetzung auch anderseits die successive Erhöhung unserer Kräfte in den Grenzgebieten nothwendig machen müßte.

Wenn deshalb unsere Regierung diese Situation klar und entschieden ins Auge faßt, so hat sie, unserer Auffassung nach, nichts weiter, als einfach der Verantwortung gemäß gehandelt, welche ihr für die Machthaltung der Monarchie und für die Sicherung der Interessen derselben obliegt. Von einer Provocation des Nachbarstaates oder einer Kriegslust könnte aber nur Derjenige reden, welcher die Politik unseres Auswärtigen Amtes in den letzten Jahren vergessen hat oder absichtlich entstellen will. Für jeden objectiven Beobachter ist es wohl unzweifelhaft, daß die Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten mit allen ihren Maßnahmen immer nur auf eine friedliche Lösung bestehender Differenzen hingearbeitet und selbst in sehr schwierigen Momenten die ruhige Beurtheilung der Sachlage nicht verloren hat. Wir sind aber überzeugt, daß auch jetzt der Sache des Friedens ein besserer Dienst durch eine ehrliche und offene Bezeichnung der Momente, aus denen eine Gefährdung desselben erwachsen könnte, erwiesen wird, als durch ein „Vogel-Strauß"-System, das durch ein Nichtsehen von Dingen, die offen geschehen, dieselben aus der Welt zu schaffen hofft oder gar ans Entsetzen Märchen sich das Recht einer Einschläferung der gebotenen Wachsamkeit herzuleiten meint. Als die allererste unter diesen Fabeln müssen wir die allerdings [illegible] von jeder Seite aufgestellte Behauptung ansehen, als ob seitens der deutschen Regierung und der ihr nahestehenden Presse die Gefahren der russischen militairischen Maßnahmen lediglich zu dem Zwecke erörtert und unserer Beachtung empfohlen würden, um in dem etwa entstehenden Kriegsfalle gewisse Militairvorlagen im Reichstage durchzubringen. Selbst wenn wir von unserer Ueberzeugung absehen wollten, daß wohl die patriotische Gesinnung des deutschen Reichstags solcher Zumuthungen zur Annahme von Vorschlägen, welche der besseren Wehrhaftigkeit des Reichs dienen, ebenso wenig bedarf, als etwa die Vertretungen Oesterreich-Ungarns, welche im Frühjahre 1887 analoge Vorlagen ohne jeden Kriegsfurm bewilligt haben, so müssen wir überdies in solchen Deutungen eine traurige Verkennung der dankenswerthen Theilnahme erblicken, welche unsere Alliirten auch solchen Verhältnissen zu widmen sich gezwungen sehen, welche vielleicht im Augenblicke sie selbst weniger bedrohen als uns, deren Rückschlag jedoch für dieselben in Folge des Bündnisses mit unserer Monarchie auch nicht ausbleiben würde.

Wir glauben daher, daß unsere Regierung in einer den Interessen unserer Monarchie am meisten entsprechenden Weise handelt, wenn sie Alles aufbietet, um das günstige politische Verhältniß unseres Reichs zu Rußland zu erhalten und Alles zu vermeiden, was eine friedliche und freundschaftliche Auseinandersetzung mit dem Nachbarstaate hindern könnte, dabei jedoch stets ihrer Pflicht bewußt bleibt, Alles aufs Sorgsamste zu überwachen, damit für den Fall, als ihre Bemühungen vermöge von Verhältnissen, die sie nicht in ihrer Macht hat, scheitern sollten, die militairische Situation für unsere Monarchie nicht von vornherein eine ungünstigere Gestaltung angenommen habe. Die Enunciationen in den Vertretungskörpern der beiden Theile der Monarchie und jüngst noch in den versammelten Landtagen erfüllen uns mit der Zuversicht, daß auch die gesammte Bevölkerung bei aller Friedensliebe und bei ihrem dringenden Friedensbedürfniß zu jeder Stunde bereit ist, für die Sicherheit des Reiches mit ihrer ganzen und vollen Kraft einzutreten.

Die „Kölnische Zeitung" bemerkt über die Lage:

Als es bekannt wurde, daß der Zarenbesuch in Berlin auf den deutsch-russischen Beziehungen wenigstens jenen Beruhigungsstoff entnommen hatte, welcher seine Gattung lediglich den Befürchtungen einer europäischen Kriegspartei verdankte, sah sich die unverschämte Presse genöthigt, gleichzeitig mit dieser beruhigenden Erklärung die Thatsache festzustellen, daß die maßgebenden russischen Kreise noch wie vor von einer leidenschaftlichen Bitterkeit gegen Oesterreich erfüllt seien. Diese Verstimmung, welche sich in Truppenanhäufungen an der österreichischen Grenze offen aussprach, konnte unter Umständen schon deshalb bedenklich werden, weil in Rußland eine Unterschätzung der militairischen Kraft und der politischen Entschlossenheit Oesterreichs üblich ist, welche durchaus unbegründet ist, aber dennoch, weil thatsächlich vorhanden, auf die Entschließung der russischen Staatsmänner einen verhängnißvollen Einfluß ausüben konnte. Unter diesen Umständen konnte man sich in Deutschland nicht bei der russischen Ansicht begnügen, man werfe die Cavallerie deshalb an die Grenze, weil die Grenzbezirke der natürliche Standort der Reitermassen seien, zumal da es bekannt war, daß die Truppenverschiebung langsam ihren Fortgang nehmen solle. Hätte Oesterreich sich unter diesen Umständen durch einen leichtsinnigen Optimismus einschläfern und über den Ernst der Lage wegtäuschen lassen, so würde es Rußland lediglich in dem Glauben an die Unentbehrlichkeit seines Nebenbuhlers bestärkt haben. In der That haben die Lenker der österreichischen Geschicke eine Haltung angenommen, welche bei aller Besonnenheit doch wohl geeignet ist, den Russen klar zu machen, daß das Spiel mit dem Feuer gefährlich werden kann. Zeugniß dafür ist ein (vorstehend mitgetheilter) Artikel des „Fremdenblatt".

* * *

* Das „Journal de St. Pétersbourg" läßt dem Artikel des „Russischen Invaliden" einen beschwichtigenden Commentar folgen. Das vom Freitag datirte Telegramm lautet:

* Petersburg, 16. December. Das „Journal de St. Pétersbourg" sagt: Wenn es wirklich der Zweck der Friedensliga ist, durch Rüstungen den Frieden zu erhalten, so schließt sich Rußland dieser Friedensgarantie an, indem es Vertheidigungsmaßregeln an der Grenze trifft. Es sei nur lezglich, ob ein Mißbrauch des Satzes „Si vis pacem para bellum" das beste Mittel sei zur Wahrung des Friedens, welchen Jedermann zu wünschen scheint, den auch wir für uns auch lange hinaus. Dank den guten Beziehungen zu unseren Nachbarn, für gesichert glauben.

Leipzig, 17. December 1887.

* Wie vor fünf Jahren, so ist Seiner Majestät dem Kaiser und Könige auch jetzt von dem Justizminister ein Bericht über die Justizverwaltung und Rechtspflege in Preußen erstattet worden, welcher sich über die Jahre 1882—1887 erstreckt. Während der letzte Bericht nur erst über die Anfänge des neuen vor der Reichsjustiz-Gesetzgebung eingeleiteten Entwickelungsprocesses berichtete, so liegen dem neuen Bericht die Erfahrungen zu Grunde, welche auf diesem Gebiete in der Zwischenzeit gemacht worden sind. Derselbe giebt ein Bild von der örtlichen Organisation, von den Verhältnissen der Beamten, Rechtsanwälte rc. und behandelt die Wirkungen, welche die neuere Gesetzgebung im Civil- und Strafproceß, im Concursverfahren, in der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen rc., sowie die Wiederübertragung der Gefängnißverwaltung an die Gerichte gehabt hat. Indem vorbehalten bleibt, im Einzelnen hierauf zurückzukommen, glauben wir schon jetzt die Allerhöchste Cabinetsordre mittheilen zu sollen, welche auf Grund des Berichts an den Herrn Justizminister ergangen ist. Dieselbe lautet:

„Der Bericht, welcher Mir von Ihnen unterm 27. v. M. über den Zustand der Justizverwaltung und der Rechtspflege in Meinen Landen während der letzten fünf Jahre erstattet worden ist, hat Mein Interesse in hohem Maße in Anspruch genommen. Das umfassende Material hat Mir reichen Anlaß zu Meiner Befriedigung gegeben; Ich beschränke Mich darauf, folgende Angelegenheiten, welche Meine Aufmerksamkeit gefesselt haben, hervorzuheben. Mit besonderer Freude habe Ich ersehen, daß die durch die Reichsgesetzgebung hervorgerufene Justizorganisation sich im Volke einlebt und im Großen und Ganzen sich bewährt. Einzelne Mängel, wie dergleichen namentlich bei dem Verfahren sich fühlbar machen werden, wie Ich vertraue, an der Hand längerer Erfahrung zweckentsprechend gehoben werden. Angenehm hat Mich die Mittheilung über die günstige Wirkung berührt, welche die neuere Gesetzgebung auf die Unterstützung der wirthschaftlichen Bedürfnisse, insbesondere im Immobilien-, Subhastations- und Concurswesen, gehabt hat, wie Ich denn auch mit Genugthuung das Bestreben begrüßt habe, dem Realcredit im Gebiete des rheinischen Rechts unter Beachtung der guten altpreußischen Grundlage eine zuverlässigere Sicherheit zu gewähren. Ohne Zweifel hat die Einrichtung, daß die Cassenverwaltung den Steuerbehörden abgenommen und wiederum den Gerichten übertragen worden, einem in der Praxis schwer empfundenen Uebelstande wirksam abgeholfen und bei allen Betheiligten Zufriedenheit hervorgerufen. Der bessernden Gestaltung des Gefängnißwesens kann Ich Meinen Beifall nicht versagen. Es hat Mich mit dankender Befriedigung erfüllt, daß in allen Zweigen Ihres Ressorts ein nachhaltiges Fortschreiten, den Zielen der Justizverwaltung gerecht zu werden, bemerkbar ist. Die günstigen Ergebnisse, von denen Ihr Bericht Zeugniß giebt, hat nur durch die pflichttreue aufreibende Hingebung des gesammten zur Verwaltung wie zur Rechtspflege berufenen Personals erreicht werden können. Mir selbst gewährt es die größte Freude, Meine Anerkennung hierüber auszusprechen. Im Uebrigen will es Mir wünschenswerth erscheinen, daß, wie der Bericht vom 31. Januar 1882, so auch der vorliegende durch Veröffentlichung zur Kenntniß Aller gebracht werde, welche für unser Justizwesen Theilnahme hegen. Ich will Ihnen in dieser Beziehung das Weitere überlassen.

Berlin, den 14. November 1887.

gez. Wilhelm.

An den Justizminister."

* Der Kaiser widmet, wie aus Berlin berichtet wird, eine ganz besondere Theilnahme der geplanten Altersversorgung der Arbeiter und hat den lebhaften Wunsch zu erkennen gegeben, daß der betreffende Gesetzentwurf noch in dieser Session zur Verabschiedung gelange.

* Wie bereits telegraphisch erwähnt, hat der Bundesrath in seiner Sitzung vom Donnerstag dem Antrage auf Verlängerung des Socialistengesetzes und Verschärfung der die Ausweisung betreffenden Bestimmungen seine Zustimmung gegeben. Ebenso wurde der Antrag, die Gesetze, betreffend die Unfallversicherung der Seeleute und betreffend die Unfallversicherung der bei Bauten beschäftigten Personen, am 1. Januar 1888 in Kraft zu setzen, angenommen.

* Das Befinden des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin ist, wie den „Mecklenburgischen Nachrichten" aus Cannes gemeldet wird, in Folge der dort herrschenden günstigen Witterung bereits ein bedeutend besseres als vor dem Antritt der Reise nach dem Süden.

* Der regierende Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha hat den Landesbischof der evangelischen Kirche in Siebenbürgen, Dr. Teutsch in Hermannstadt, an dessen 70. Geburtstag telegraphisch beglückwünscht und demselben zum Zeichen warmer Anerkennung seiner Wirksamkeit das Comthurkreuz II. Classe des herzoglich Sächs. Ernestinischen Hausordens verliehen. Als Antwort auf dieses gnädige Gedenken der Jubelfeier ist an Se. Hoheit den Herzog folgendes Telegramm (der officiösen „Coburger Zeitung" zufolge) aus Hermannstadt gelangt: „Fünfhundert Festtheilnehmer danken für die unserem allgeliebten Jubilarbischof Teutsch erwiesene Huld gerührten Herzens mit einem donnernden Hoch auf Ew. königliche Hoheit."

* Ueber die badische kirchenpolitische Vorlage schreibt die „National-Liberale Landes-Correspondenz für Baden":

Die mit größter Spannung erwartete Vorlage ist im Verlaufe der verflossenen Woche erschienen, hat indessen noch keiner Seite ihn befriedigt. Den Ultramontanen, welche darin nur eine Abschlagszahlung erblicken, bietet sie zu wenig, den Liberalen geht sie über das Maß dessen hinaus, was auf Grund unserer badischen Einrichtungen und Anschauungen hätte geboten werden dürfen. §. 1 bezieht sich auf Knaben-Seminare und Convicte, räumt der katholischen Kirche das Recht ein, solche Anstalten zu unterhalten, Leiter, Lehrer, Erzieher dieser Anstalten aber sollen Deutsche sein. Wie aus verlässiger Quelle verlautet, wird dieser §. 1 von der liberalen Kammerfraction nur in abgeänderter Form auf Annahme rechnen können. Worin die Abänderungen bestehen werden, kann noch nicht in präciser Form festgestellt werden, jedoch dürfte in einem Amendement die Forderung einer bestimmten staatlichen Controle stipulirt werden. §. 2 der Vorlage lautet: „Aus Artikel 3 des Gesetzes vom 19. Februar 1874 werden die §§. 16 d und 16 e aufgehoben". Dieser auf Aufhebung des kirchlichen Gerichtshofes abzielende Paragraph dürfte auf unveränderte Annahme zählen können. §. 3 der Vorlage enthält einen Abänderungsvorschlag des Artikel 14 Ziffer 7 des badischen Einführungsgesetzes zum Reichs-Straf-Gesetz-Buch vom 23. December 1871. Die hier vorgeschlagenen Milderungen stoßen bei der liberalen Partei auf keine grundsätzliche Abneigung. §. 4 der Vorlage gestattet einzelnen Ordensgeistlichen, welche einem in Baden nicht eingeführten religiösen Orden angehören, zur vorübergehenden Aushilfe in der Seelsorge die Ausübung kirchlicher Functionen in widerruflicher Weise. Dieser Paragraph hat auf sein Amendement, aber auch nicht auf Annahme zu rechnen. Er wird pure von der liberalen Partei im Lande verworfen, und die nationale und liberale Mehrheit in der zweiten Kammer dürfte mit überwiegender Majorität diesen Standpunct theilen. Das Bedürfniß einer solchen „aushilfsweisen Seelsorge" wird nicht anerkannt auf Grund der praktischen Erfahrungen im Lande, welche den ziffernmäßigen Nachweisen in der Begründung des Entwurfes durchaus widersprechen. Stimmungsberichte in außerbadischen Blättern, welche von „einer günstigen Aufnahme der Vorlage" in concreto des §. 4 im Lande zu melden wissen, scheinen officiösen Ursprunges zu sein und geben die Stimmung im Lande augenscheinlich unrichtig wieder. Der §. 4 wird die Zustimmung der maßgebenden Factoren in unserer Volksvertretung nicht finden. Die Annahme der Regierungsvorlage ist daher nur dann zu gewärtigen, wenn die beabsichtigten Abänderungsanträge zu §. 1 von der großherzoglichen Regierung gebilligt werden und wenn der §. 4 der Vorlage aus derselben entfernt ist. Das gesammte liberale Volk Badens wünscht diese seelsorgerische Aushilfe nicht, da der Wunsch nach derselben lediglich ein künstlich genährter ist, auf keinen Fall aber einem wirklichen Bedürfnisse entspricht.

* Es wird nunmehr von verschiedenen Seiten aus berichtet, daß eine Kundgebung des Papstes über die bayerische Kirchenlage an die bayerischen Bischöfe bevorstehe.

* * *

* Der ungarische Handelsminister, Graf Szechenyi, hat seinen Abschied genommen. Sein Rücktritt hängt, wie ungarische Blätter versichern, nicht mit den viel besprochenen Vorgängen während und nach der Kapolnaer Reichstagswahl zusammen, sondern soll durch Krankheit veranlaßt worden sein, welche die Folge der mit seiner politischen Thätigkeit verbundenen Aufregungen ist. Ob Szechenyi auch das Mandat zum Abgeordnetenhause niederlegen werde, ist noch nicht bekannt geworden. So angesehen er auch vermöge seiner persönlichen Eigenschaften und seiner gesellschaftlichen Stellung ist, als Handelsminister weint ihm Ungarn keine Thräne nach. Als Tißa ihn 1882 für das Ministerium zu gewinnen suchte, war es nicht die fachmännische Tüchtigkeit Szechenyi's, die ihn dazu bewog, sondern dessen Einfluß in der agrarisch-aristokratischen Partei, mit der Tißa damals Fühlung zu gewinnen wünschte. Heute steht der Ministerpräsident so sicher und fest, daß er sich durch Parteirücksichten nicht braucht leiten zu lassen, wenn er einen neuen Handelsminister sucht.